

Dieser Bebauungsplan ist gemäß § 2(1) BauGB in der Fassung der Bekanntmachung vom 8. Dez. 1986(BGBI | Seite 2253) durch Beschluß des Rates der Stadt vom 16.12. 1980

aufgestellt worden. Borgholzhausen, den - 5. JULI 1995 im Auftrage des Rates der Stadt



Dieser Bebauungsplan hat mit der Begründung gemäß § 3(2) BauGB vom 1 6 MAI 1994 bis 2 0 JUNI 1994 öffentlich ausgelegen.

Borgholzhausen, den - 5 JULI 1995



Dieser Bebauungsplan wurde gemäß § 10 BauGB 2 7. APR. 1995 vom Rat der Stadt als Satzung

beschlossen. Borgholzhausen, den - 5 JULI 1995 im Auftrag des Rates der Stadt



vom 15. SEP. 95

35. 21. 11 - 201/ 3, 24

Dieser Bebauungsplan wurde gemäß § 11 BauGB Durchführung des Anzeigeverfahrens am 19, 1011 95 Siehe Verfügung des Regierungspräsidenten

(§ 11 (3) BauGB) sowie Ort und Zeit der Auslegung am 2 6. SEP. 1995 ortsüblich bekanntgemacht worden Der Bebauungsplan einschließlich Begründung liegt 2 6. SEP. 1995



Stand: Juni 1993 Maßstab 1: 100 Die Planunterlagen entsprechen den Anforderungen des § 1 der Planzeichenverordnung vom 18..12.1990 in der z.Z. gültigen Fassung, Die Festsetzungen der städtebaulichen Planung ist geometrisch eindeutia.

den 29.04.1994 Der Oberkreisdlrektor des Kreises Gütersloh Vermessungs- und Katasteramt

d. Kreisvermessungsdirektor

gez. Langeneke

der Gemeindeordnung von Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 13.8.1984 (GV.NW. S.475) zuletzt geändert durch Gesetz vom 21.5.. 1991(GV.NW. \$.214) -\$GV.NW.2023- und der

.

§§ 2, 10 des Baugesetzbuches (BauGB) vom 8,12,1986 (BGBL) 1, S. 2253, zuletzt geänderf durch Artikel 1 des Gesetzes vom 22.4, 1993 (BGBI, 1 S.466) In Verbindung mit dem Maßnahmengesetz zum Baugesetzbuch

(BauGB-MaßnahmenG) vom 28.4.1993 (BGBI. I S. 623)

in Verbindung mit der Verordnung über die bauliche Nutzung der Grundstücke (Baunutzungsverordnung -BauNVO) in der Fassung der Bekanntmachung der Neufassung vom 23.1.1990 (BGBL I S. 132), zuletzt geänderf durch Artikel 3 des Gesetzes vom 22.4, 1993 (BGB). 1 S.466)

in Verbindung mit §81 (4) der Bauordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesbauordnung -BauO NW-) vom 26.6,1984 (GV.NW.S. 419/SGV.NW. 232, ber, \$. 532), zuletzt geändert am 24.11/1992 (GV.NW.S.

hat der Rat der Stadt Borgholznausen in seiner Sitzuna am...... die planungsrechtlichen und gestalterischen Festsetzungen des Bebauungsplanes als Satzung beschlossen.

A. Festsetzungen gem. § 9 BauGB und BauNVO

1. Ari der baulichen Nutzung (§ 9 (1) Nr. 1 BauGB)

Allgemeine Wohngebiete (§ 4 BauNVO)

(1) Aligemeine Wohngebiete dienen vorwiegend dem Wohnen. (2) Zulässig sind

 Wohngebäude, 2. die der Versorgung des Gebietes dienenden Läden, Schank- und Speisewirtschaften sowie nicht störende Handwerksbetriebe. 3. Anlagen für kirchliche, kulturelle, soziale, gesundheitliche und

(3) Ausnahmsweise können zugelassen werden 1. Betriebe des Beherbergungsgewerbes, sonstige nicht störende Gewerbebetriebe,

3. Anlagen für Verwaltungen, Gartenbaubetriebe

(4) Nicht zulässig sind

sportliche Zwecke.

Mischgebiete (§ 6 BauNVO)

1) Mischgebiete dienen dem Wohnen und der Unterbringung von Gewerbebetrieben, die das Wohnen nicht wesentlich stören. (2) Zulässig sind

 Wohngebäude, 2. Geschäfts und Bürogebäude, 3. Einzelhandelsbetriebe, Schank- und Speisewirtschaften sowie Betriebe des Beherbergungsgewerbes,

4. sonstige Gewerbebetriebe (außer Vergnügungsstätten) 5. Anlagen für Verwaltungen sowie für kirchliche, kulturelie, soziale, gesundheitliche und sportliche Zwecke. Gartenbaubetriebe. (3) Nicht zulässig sind

1. Tankstellen, Vergnügungsstätten.

2. Maß der baulichen Nutzung (§ 9 (1) Nr. 1 BauGB)

Baugebiet	GRZ Obergrenze	GFZ Obergrenze	FH max.	TH max.
WA II ₁	0,4	0,8	10,5	-
WAII 2	0,4	8,0	9,5	4,0
WA II 3	0,4	8,0	10,5	
MI III	0,6	1,2	13,5	6,0

Geschoßflächenzahl (§ 20 BauNVO) Grundflächenzahl (§ 19 BauNVO) Firsthöhe in Metern

> Traufhohe in Metern Bezugspunkt für First- und Traufhöhen ist OK fertiger Fußboden

Zahl der Vollgeschosse als Höchstgrenze (§ 16 BauNVO) Zahl der Vollgeschoße als Mindest- und Höchstmaß (§ 16 BauNVO)

3. Bauweise: überbaubare Grundstücksfläche (§ 9 (1) Nr. 1 BauGB)

Offene Bauweise (§ 22 (2) BauNVO)

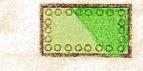
Nur Einzel- und Doppelhäuser zulässig (§ 22 (4) 8auNVO) Innerhalb der Baugrenzen müssen die Baukörper aneinander gebaut werden. Baukörper über 50 m Länge sind zulässig. (§ 22 (4) BauNVO)

---- Baugrenze (§ 23 (3) BauNVO)

berbaubare Grundstücksfläche (§ 23 (1) BauNVO) Das ist der durch Baugrenzen begrenzte Bereich

Nicht überbaubare Grundstücksfläche (§ 23 (5) BauNVO). Nebenanlagen im Sinne des § 14 BauNVO sind nicht zulässig. Begrünung siehe textliche Festsetzungen.

4. Bindungen für Beoflanzungen (§ 9 (1) Nr. 25 BauGB)



enzung von Flächen zum Anpflanzen von Bäumen. Sträuchern onstigen Bepflanzungen

Sonstige Bepflanzung: D a Flächen sind, pro angefangene 100 m², mit einem langlebiegem Laubbaum St. U. 20/25 cm Hochstamm, der Arten Ahorn (Acer), Eiche (Guerus), Esche (Fraxius), oder Linde (Tia) zu bepflanzen und zu unterhalten. Außerdem sind die Flächen mit standortgerechten Sträuchern zusammenhängena zu beoflonzen.

5. Verkehrsflächen (§ 9 (1) Nr. 11 (6) BauGB)

Straßenvekehrsfläche . Begrünung siehe textliche Festsetzung zu 8

Verkehrsberuhigter Bereich Ausbau nach dem Mischnutzungsprinzip



Verkehrsflächen besonderer Zweckbestimmung

🐯 😻 🐨 Bereich ohne Ein- und Ausfahrt

F+R Fuß - und Radweg

6. Flächen für Versorgungsanlagen (§ 9 (1) Nr. 12 BauGB)

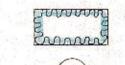


7. Hauptversorgungsleitungen (§ 9 (1) Nr. 13 BauGB)

-0-0-0- 10 KV - Erdkabel

0-0-0- WFG - Mitteldruckgasleitung

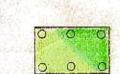
8. Flächen für die Wasserwirtschaft (§ 9 (1) Nr. 16 und (6) BauGB)



Fassungsbereich des Versorgungsbrunnens Nr. 3 der Stadt Borgholzhausen (nachrichtliche Festsetzung).

Im Bebauungsplangebiet (legt das Wasserschutzgebiet "Borgholzhausen-Holland" mit dem Fassungsbereich des Versorgungsbrunnens Nr. 3 der Stadt Borgholzhausen. Bei der Verlegung von Kanalisationsleitungen in der Nähe des Fassungsbereiches sind die einschlägigen Bestimmungen zu beachten. Einzelheiten dazu werden im Genehmigungsvertahte nach § 58 LWG bzw. in der Zustimmung zu dem Kanalisationsentwurf geregelt.
Auf die Beachtung der Schutzbestimmungen, insbesondere auf § 4 der Wasserschutzgebietsverordnung wird hiermit hingewiesen.

9. Grünflächen (§ 9 (1) Nr. 15 BauGB)



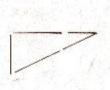
Private Grünfläche

10. Sonstige Planzeichen

→ ◆ ◆ Abgrenzung unterschiedlicher Nutzung, z. B. von Baugebieten, oder Abgrenzungen des Maßes der Nutzung innerhalb eines Baugebietes



Grenze des räumlichen Geltungsbereiches des Bebauungsplanes



Sichtflächen an Straßeneinmündungen. Die innerhalb der Sichtdreiecke liegenden Grundstücke sind von Gegenständen, baulichen Anlagen, und Bewuchs über 70 cm Höhe, bezogen auf die Fahrbahnoberfläche, ständig freizuhalten.

Mit Geh-, Fahr-, und Leitungsrechten zu belastende Flächen

A = zugunsten der Anlieger B = zugunsten der Anlieger und der Allgemeinheit Stellplätze. Pro 8 Stellplätze ist ein Labbaum in Art und Größe, wie

(§ 9 (1) Nr. 21 Abs. 6 BauG8)

Umgrenzung der Flächen für besondere Vorkehrungen zum Schutz or schädlichen Umwelteinwirkungen . (§ 9 (1) Nr. 24 BauGB)

unter den Bindungen für Bepflanzung beschrieben, in einem

mindestens 8 m² großen Pflanzbeet zu pflanzen und zu unterhalten

Grundlage dieser Festsetzung sind: Die schaltechnischen Untersuchungen 881275131 vom 28.09.1988 und 881275131 /B vom 09.03.1994 des Ing.- Büros Dr. Ing. Klaus Beckenbauer.

Das Plangebiet grenzt im Westen an die Bahnhofstraße (L 785), von der starker Verkehrslärm ausgeht. Weiterhin unterliegt es dem Einfluß einer nordwestlichen, außerhalb des Plangebietes liegenden Tankstelle, sowie den Einwirkungen von gewerblichen Nutzungen an der Ravensberger Straße, östlicher Zur Abwehr von Lärmimmissionen wird der belastete Planbereich als lärmbelastete Fläche festgesetzt und nachfolgende passive Schallschutzmaßnahmen vorgeschrieben/

Innerhalb der gekennzeichnefen überbaubaren Flächen sind bei Umbauten bestehender Wohngebäude oder bei der Errichtung, neuer Wohngebäuden sowie bei Büroräumen folgende Maßnahmen 1. Neue Gebäude sind grundrißseltig so auszurichten, daß

alle Räume zu Wohnzwecken, wozu auch Schlafräume und Kinderzimmer gehören, der lärmabgewandten Seite des Gebäudes zugeordnet sind Freiräume (Terrassen, Balkone, etc.) sind möglichst im Schallschaften der Gebäude anzuordnen

2. Anforderungen an die Außenbauteile, Da die maßgeblichen Außenlärmpegel in die Lärmpegelbereiche Il bis IV fallen ist je nach Bereich ein erforderliches resultierendes bewertetes Bau-Schalldämm-Maß (R'w. res. von 30/35/40 a3) der gesamten Außenbauteile einschließlich der Fenster erforderlich.

2.1. Für den Lärmpegelbereich II und III sowie für den Planbereich

zwischen der Straße Jammerpatt und der Ravensberger Straße sind die Fenster von Wohn- und Schlafräumen mit Schallschutzfenstern mind, der Schallschutzklasse II., Schalldämm-Maß R'w 30-34 dB auszustatten. Schlafräume die nicht auf der schallabgewandten Scite liegen, müssen mit einer schalldampfenden Lüftung ausgestattet werden.

2.2. Für den Lärmpegelbereich IV sind die Fenster von Wohn- und Schlafräumen mit Schallschutzfenstern mind, der Schallschutzklasse III. Schalldämm-Maß R'w 35-39 dB auszustatten.

Einrichtungen), die nicht bodengebundene Emissionen verursachen, wird

Schlafräume die nicht auf der schallabgewandten Seite liegen sind 🗍 grundsätzlich mit schalldämpfenden Lüftungen auszustatten. 3. Für Anlagen des Mischgebietes (z. B. lüftungstechnische

im Rahmen des bauordnungsrechtlichen Genehmigungsverfahrens der Verträglichkeitsnachweis durch eine gesonderte schalltechnische Untersuchung geführt.

Hinwels für den Bereich zwischen der Bahnhofstraße (L 785) und der Straße Jammerpatt. Auf die festgesetzten passiven Schallschutzmaßnahmen kann erst 🥏 dann verzichtet werden, wenn die Mischgebietsbebauung als Schallschirm komplett errichtet ist.

B. Festsetzungen gem. § 9 (1) Nr. 20 BauGB Ausgleichs und Ersatzmaßnahmen

Grundlage: Landschaftspflegerischer Beitrag.

 Als Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen für die mit der Herstellung der öffentlichen Verkehrsflächen im Plangebiet, sowie der Errichtung von neuen Gebäuden innerhalb des Bebauungsplanes verbundenen Beeinträchtigungen des Naturhausnaltes und des Landschaftsbildes (Versiegelung), dienen die für diesen Bereich festgesetzten An- und Abpflanzungen.

Die Maßnahmen müssen spätestens ein Jahr nach Inanspruchnahme von Flächen eingeleitet werden.

C. Sonstige Hinweise gem. § 9 (5+6) BauGB

Bodendenkmale

Wenn bei Arbeiten kultur- und erdgeschichtliche Bodenfunde (etwa Tonscherben, Metallfunde, dunkle Bodenverfärbungen, Knochen, Fossilien) entdeckt werden, ist nach §§ 15 und 16 des Denkmalschutzgesetzes die Entdeckung unverzüglich der Gemeinde oder dem Amt für Bodendenkmalpflege, Bielefeld Tel.: 0521/5200250 anzuzeigen und die Entdeckungsstätte drei Werktage in unverändertem Zustand zu erhalten.

Landesabfallgesetz

Nach §5 Abs. 4 Landesabfaligesetz sind bei der Durchführung genehmigungsbedürftiger Bauma&nahmen, insbesondere beim Abbruch baulicher Anlagen, Bauabfälle vo<mark>rn Zeitpunkt de</mark>r Entstehung an voneinander getrennt zu halten, soweit dies für ihre ordnungsgemäße Verwertung erforderlich ist.

Nach dem Altlastenkataster im Umweltamt des Kreises Güterslon sind im Plangebiet keine Alfablagerungen bekannt. Wenn bei Erdarbeiter gewisse Auffälligkeiten (s.B. bisher unentdeckte Kontaminationen) auftreten, ist das Umweltamt des Kreises Gütersloh umgehend zu

Oberflächenwasser

Es wird den zukünftigen Grundstückseigentümern freigestellt, das anfallende Niederschlagswasser, außer voon Garagenvoplätzen und KFZ-Stellplätzen, auf den eigenen Grundstücken zu versickern, sofern die örtlichen Bodenverhältnisse dieses zulassen. Brauchwasserversorgung

Bel einer Brauchwasserverschung über eigene Brunnen im

Plangebiet sind vom jeweiligen Nutzer die notwendigen

wasserrechtlichen Erlaubnisse zu beantragen.

Flurstücksgrenzen mit Grenzsteiner Anschüttungen / Erdwall

Umlaufschranke im Fuß- und Radweg

Vorgeschlagene Hauptfirstrichtung

D. Sonstige Darstellungen

————— Vorgeschlagene Grundstücksteilung Lärmpegelbereich il Lärmpegelbereich III



E. Festsetzungen gem. § 81 BauONW in Verbindung mit § 9 (4) BauGB

Vorhandener Parkplatz (Bestandsschutz).

Dachneigung Drempelhöhen Sockelhöhen

Baukörpergliederung

- örtliche Bauvorschriften -

Dachneigung	Dachform	Drempelhöhe	Sockelhöhe
		max,	im Mittel max.
380-450	WD / SD	08,0	0,60
380-450	SD	0.80	0.60
300-450	SD	0.50	0,60
00-450	FD / SD	0,50	0,60
	38°-45° 38°-45° 30°-45°	38°-45° WD / SD 38°-45° SD 30°-45° SD	38°-45° WD / SD 0,80 38°-45° SD 0,80 30°-45° SD 0,50

A snahmen: Ausnahmsweise können bel konstruktiv bedingten rsdächern Dachneigungen ols mind. 25° zugelassen werden. Bei ranlagen können aus technischen Gründen Teiltlächen des thes mit einer Neigung bis max. 60⁰ zugelassen werden.

ugspunkt für die Sockelhöhe ist OK, fertige Erschließungsanjage. augspunkt für die Drempelhöhe ist OK. Rohdecke bis Schnittstelle Dachhaut / Wand, gemessen an der Wandaußenseite. Bei Doppelhäusern ist eine einheitliche Dachneigung vorgeschrieben,

Im Mi gilt: großflächige Baukörper sind mindestens alle 15m deutlich vertikal zu gliedern. Geeignete Maßnahmen sind z.B. Gebäudeversatz Vorbauten, unterschiedliche Bauausführung und Materialwahl b.ä. sowie dauerhafte Fassadenbegrünung.

Als Dachform ist das Satteldach für den Hauptbaukörpe vorgeschrieben. Gestalterische oder konstruktiv bedingte Abweichungen sind als Ausnahme zulässig,

Als Dachform ist für großflächige Gebäude- / Gebäudeteile das achdach zulassig. Als Dachform ist das Warretach für den Hauptbaukörber

orgeschrieben. Gestalterische oder konstruktiv bedingte Abweichungen sind als Ausnahme zulässig.

Dachgauben und Dacheinschnitte

Sind bei Dächern ab 35° Dachneig ing zulässig. Sie dürfen in ihrer Gesamtlänge 50% der jeweiligen Gebaudetrauflänge nicht überschreifen. Hierbei werden Einzelanlagen zusammengerechnet. Vom Ortgang ist ein Abstand von mindestens 2,00 m einzuhalten.

Farbgebung

Äußere Wandflächen müssen in hellem Putz oder hell geschlämmtem Ziegelmauerwerk hergestellt werden. Als Dacheindeckung sind für das Hauptdach nur Betondachsteine oder Tonziegel in naturroter bis ratbrauner Farbe Bei untergeordneten Bautellen und Gliederungseiten einenten

Für den Bereich der neuen Wohnbaugrunastücke sind Einfriedungen, wie Mauern, Zäune etc. zum öffentlichen Straßenraum hir nicht Lebende Hecken sind zulässig.

Begrünung der nicht überbaubaren Grundsfücksflächen

sind auch andere Materialien zulässig.

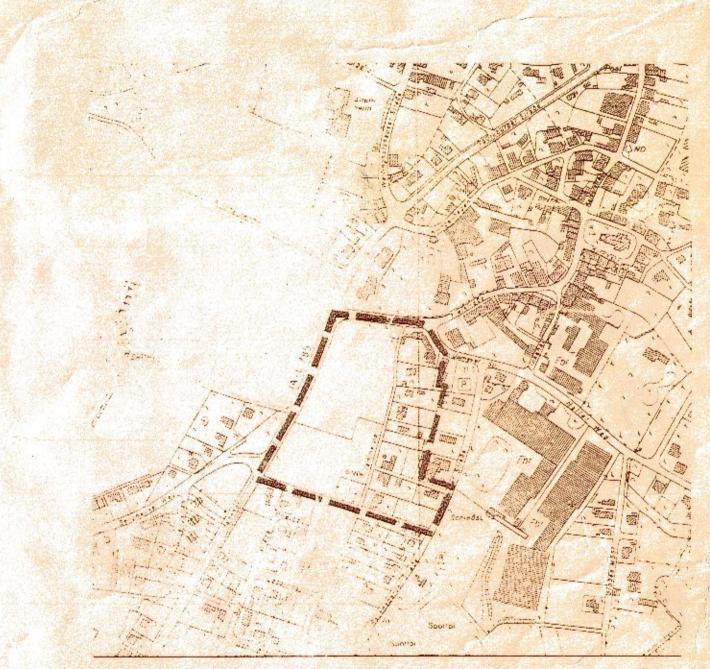
Die nicht überbaubaren Grundstücksflächen sind überwiegend mit heimischen Bäumen und Sträuchern zu bepflanzen z.B. mit :

--ACER CAMPRESTE (Feldahorn) -CARPINUS BETULUS (Hainbuche) -- PRUNUS PADUS (Traubenkirsche) --PRUNUS AVIUM (Vogelkirsche) -SORUS AUCUPARIA (Eberesche) -CORYLUS AVELLANA (Haseinuß) -PRUNUS SPINOSA (Schlehe) ROSA CANINA (Hundsrose)

-SALIX CAPREA (Salweide)

-CORNUS MAS (Kornelkirsche)

Es wird empfohlen auch Obstgehölze zu anzupflanzen.



Übersichtsplan M. 1 : 5000

Bebauungsplan Nr. 17

Stadt Borgholzhausen

" Am ADLER "

Gemarkung: Borgholzhausen Flur 9

M. 1: 1000

Planbearbeitung Büro für Stadtplanung Nagelmann Rheda-Wiedenbrück, den 24.02.1995

Dipl. ing Roif Nagelmann